

ANHANG E.
TABELLARISCHE
STANDORTBESCHREIBUNGEN
KONVERTER: PRÜFUNG DER
REALISIERBARKEIT

E.1 KONVERTER – STANDORTFLÄCHE :
 PHILIPPSBURG / GELÄNDE KKP

Anhang E.1: Konverter – Standortfläche : Philippsburg / Gelände KKP	
Prüfung der Realisierbarkeit	
Bewertung	
	Ein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis liegt vor, das der Realisierung des Konverters entgegensteht.
	Ein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis liegt vor, ist jedoch auf Teilflächen des Standortbereichs beschränkt und/oder überwindbar.
	Es liegt kein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis vor.
Gesamtbeurteilung Auf der Standortfläche Philippsburg / Gelände KKP stehen der Realisierung eines Konverters bei prognostischer Betrachtung keine unüberwindbaren Genehmigungshindernisse oder sonstigen Realisierungshindernisse entgegen. Etwaige Genehmigungshindernisse aufgrund artenschutzrechtlicher Anforderungen bzw. aufgrund von Beeinträchtigungen von geschützten Teilen von Natur und Landschaft oder wasserrechtlicher Erfordernisse sind überwindbar und stehen somit der Realisierung des Konverters nicht entgegen.	
Kriterium	Beschreibung
Prüfung von Genehmigungsanforderungen	
Immissionsschutzrecht	
Elektrische und magnetische Felder	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb des Konverters wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen auch unter Berücksichtigung von Immissionen durch das Leitungsvorhaben selbst erfüllt werden. Insbesondere werden die Grenzwerte der 26. BImSchV in Bezug auf elektrische und magnetische Felder eingehalten und außerhalb des Anlagenzauns der Konverterstation unterschritten.</p> <p>Der Standort befindet sich auf der Rheinschanzinsel in Philippsburg. Die nächstgelegene Wohnbebauung ist die Stadt Philippsburg im Südosten der Standortfläche in über 1 km Entfernung. Zwei nähergelegene landwirtschaftliche Betriebe sind aktuell aufgelassen. Ein Ort zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt (Bootshaus mit Restaurant) befindet sich am nordwestlichen Rand des Kraftwerksgeländes. Diese Fläche befindet sich in über 400 m Entfernung zum geplanten Konverterstandort.</p>
Anlagengeräusche	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen auch unter Berücksichtigung von Immissionen durch das Leitungsvorhaben selbst erfüllt und die Richtwerte der TA Lärm unterschritten werden.</p> <p>Alle Betriebsmittel bzw. Anlagenteile, die während des Betriebes Geräusche erzeugen, sind in schallgedämmten Gebäuden untergebracht. Lediglich die Kühlanlagen können nicht in die-</p>

	<p>sen Gebäuden untergebracht werden und müssen im Freien stehen. Die Kühlanlagen werden daher zur weiteren Abschirmung von Geräuschen zwischen den Konverterhallen platziert und zusätzlich mit speziellen, sehr leisen und langsam laufenden Lüftern ausgestattet.</p> <p>Die nächste Wohnbebauung ist die Stadt Philippsburg in über 1 km Entfernung. Eine Fläche für Freizeit und Erholung und Mischnutzung (ATKIS) befindet sich in über 400 m Entfernung. In dieser Entfernung werden die Richtwerte der TA Lärm nach derzeitigem Planungsstand eingehalten.</p>
Baulärm	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Bauplanung und Bauausführung wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen der AVV Baulärm erfüllt werden. Unter anderem durch bauorganisatorische Maßnahmen (z.B. Bauzeitenregelungen) können Überschreitungen der Immissionsrichtwerte weitestgehend vermieden werden. Soweit Überschreitungen der Immissionsrichtwerte unvermeidbar sind, stehen sie einer Genehmigungsfähigkeit des Konverters nicht entgegen.</p>
Sonstige Immissionen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Von einer Konverterstation sind keine relevanten Immissionen durch Luftverunreinigungen, Gerüche, Erschütterungen, Licht, Wärme oder ähnliche Erscheinungen zu erwarten. Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb des Konverters wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen erfüllt werden.</p>
Einhaltung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften	
Naturschutzrecht	
Natura 2000-Verträglichkeit	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Eine Unverträglichkeit der Konverterstation mit den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten ist nicht zu besorgen:</p> <p>Die Standortfläche liegt außerhalb von Natura 2000-Gebieten. Das nächste FFH-Gebiet – die Rheinniederung zwischen Philippsburg und Mannheim (DE-6716-341) – grenzt an die Standortfläche an. Eine direkte Flächeninanspruchnahme und damit direkte Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes können ausgeschlossen werden.</p> <p>Es besteht eine akustische und optische Vorbelastung im Umfeld des Standorts durch die Aktivitäten auf dem Betriebsgelände des KKP, durch die Errichtung des Konverters verändert sich die Bestandsituation nicht erheblich. Nach derzeitigem Planungsstand sind keine erheblichen Beeinträchtigungen des oben genannten FFH-Gebietes durch indirekte Wirkungen infolge Schallimmissionen oder optische Wirkungen erkennbar.</p> <p>Von einer Konverterstation sind darüber hinaus keine relevanten Immissionen durch Luftverunreinigungen, Gerüche, Erschütterungen, Licht, Wärme oder ähnliche Erscheinungen zu erwarten.</p>
Artenschutzrechtliche Anforderungen	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar: Auf Grundlage einer ersten artenschutzrechtlichen Einschätzung können relevante Beeinträchtigungen und somit Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG ggf. durch Vermeidungs-</p>

	<p>maßnahmen und/ oder CEF-Maßnahmen ausgeschlossen werden.</p> <p>Aufgrund der auf der Fläche vorhandenen Biotoptypen und dem darin zu erwartenden Artenspektrum kann davon ausgegangen werden, dass geeignete Vermeidungsmaßnahmen, sowie ggf. CEF-Maßnahmen durchgeführt werden können.</p>
Geschützte Teile von Natur und Landschaft	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar: Beeinträchtigungen von geschützten Teilen von Natur und Landschaft sind nicht zu erwarten:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche liegen keine geschützten Teile von Natur und Landschaft. Da keine Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale und geschützten Landschaftsbestandteile durch eine direkte Flächeninanspruchnahme berührt werden, können Beeinträchtigungen, die zu möglichen Konflikten mit naturschutzrechtlichen Verboten führen könnten, ausgeschlossen werden. Nach derzeitigem Planungsstand und aufgrund der Entfernung zu maßgeblichen Schutzgebieten können indirekte Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden (LSG und NSG in über 500 m Entfernung, auf der anderen Rheinseite). Angaben zu geschützten Biotopen liegen derzeit noch nicht vor. Soweit die Inanspruchnahme und der Verlust geschützter Biotope auf der Standortfläche unvermeidbar sind, ist hierfür im Rahmen der landschaftspflegerischen Begleitplanung ein Ausgleich vorzusehen. Mit dem Ausgleich der Beeinträchtigungen sind die Voraussetzungen für eine Ausnahme von den Verboten des § 30 BNatSchG gegeben, so dass diese der Realisierung eines Konverters nicht entgegenstehen.</p>
Eingriffe in Natur und Landschaft	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Durch die Standortwahl und die landschaftspflegerische Begleitplanung können unzulässige Eingriffe in Natur und Landschaft vermieden werden:</p> <p>Die Errichtung des Konverters stellt zwar einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Durch die landschaftspflegerische Begleitplanung werden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft jedoch auf das unvermeidbare Maß beschränkt. Unvermeidbare Beeinträchtigungen werden durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen oder ersetzt, wenn es dessen überhaupt bedarf. Dies ist i.d.R. nur bei einer, hier jedoch nicht gegebenen, Außenbereichslage (§ 35 BauGB) bzw. bei diesbezüglichen Bebauungsfestsetzungen der Fall.</p>
Forstrecht	
Forstrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Innerhalb der Standortfläche stehen einem Konverter keine forstrechtlichen Anforderungen entgegen:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche befinden sich keine Waldflächen i. S. d. § 2 BWaldG, insbesondere kein Schutzwald (Bodenschutzwald, Biotopschutzwald, Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen), keine Waldschutzgebiete (Bannwald, Schonwald) sowie kein Erholungswald. Eine Umwandlung von Wald ist nicht erforderlich.</p>

Wasserrecht	
Wasserrechtliche Anforderungen	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar: Die Standortfläche erfasst weder Oberflächengewässer noch Wasserschutzgebiete (WSG), Heilquellenschutzgebiete (HQSG) oder Überschwemmungsgebiete (ÜSG) (TRANSNETBW 2014 ANHANG I2E). Somit können keine diesbzgl. Schutzanforderungen dem Konverterstandort entgegenstehen. Auch hinsichtlich des Grundwasserschutzes stehen keine Anforderungen entgegen. Für den Betrieb des Konverters findet keine Gewässerbenutzung statt. Für die Bauphase können etwaige Genehmigungshindernisse, z.B. das Einleiten von Baugrubenwasser in einen Vorfluter, durch eine wasserrechtliche Erlaubnis überwunden werden.</p> <p>Der Konverter erfordert die Aufstellung von Transformatoren und den Betrieb von Kühlanlagen und damit den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (der WGK1: Transformatorenöl sowie Glykol, WGK2: Dieseldieselkraftstoff). Diese Stoffe werden jedoch entsprechend der Vorgaben der §§ 62 und 63 des WHG bzw. der Anforderungen der VAWS nur in geschlossenen Systemen verwendet, bzw. wird durch entsprechende Anlagenplanung ein Austreten dieser Stoffe in die Umwelt ausgeschlossen. Ölgefüllte Transformatoren und Kühlanlagen mit Wasser-Frostschutzmittelgemisch werden grundsätzlich auf wasser- bzw. öldichten Auffangwannen betrieben. Somit wird verhindert, dass bei Undichtigkeiten Öl bzw. Wasser-Frostschutzmittelgemisch in das Erdreich eindringen kann. Darüber hinaus sind die Transformatoren und die Kühlanlagen mit Leckage-Überwachungen ausgestattet. Für andere Stoffe, z.B. Dieseldieselkraftstoff kommen doppelwandige Behälter zum Einsatz.</p> <p>Durch die Anlagenplanung kann somit sichergestellt werden, dass Verunreinigungen des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind.</p> <p>Im Zuge der Anlagenplanung sowie der Bauausführung kann zudem durch besondere Maßnahmen bzw. Vorsorgevorkehrungen sichergestellt werden, dass Verunreinigungen des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind. Hierzu gehören beispielsweise die Minimierung von Eingriffen in die Grundwasserdeckschichten sowie der Einsatz von nicht wassergefährdenden Bau- und Hilfsstoffen sowie Verfüllmaterialien. Durch die derzeitige Nutzung sind 47% der für den Konverter benötigten Gesamtfläche bereits versiegelt. Diese Fläche wird entsiegelt und für den neuzubauenden Konverter beansprucht. Künftig werden 37% der für den Konverter benötigten Gesamtfläche versiegelt sein.</p>
Bodenschutzrecht	
Bodenschutzrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Mit der Errichtung eines Konverters ist die Überbauung und Versiegelung von Böden sowie eine Verdichtung durch baubedingte Flächeninanspruchnahme von Böden verbunden, die zum Verlust bzw. zur Beeinträchtigung der Bodenfunktionen führt.</p> <p>Durch die derzeitige Nutzung sind 47% der für den Konverter benötigten Gesamtfläche bereits versiegelt. Diese Fläche wird entsiegelt und für den neuzubauenden Konverter beansprucht.</p>

	<p>Künftig werden 37% der für den Konverter benötigten Gesamtfläche versiegelt sein. Dem in § 4 BBodSchG geregelten Grundsatz des sparsamen und schonenden Umgangs mit Boden kann durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, als Bestandteil des landschaftspflegerischen Begleitplans, Rechnung getragen werden.</p> <p>Darüber hinausgehende Beeinträchtigungen werden nach § 15 Abs. 6 BNatSchG ausgeglichen.</p>
Denkmalschutzrecht	
Denkmalschutzrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Auf der Standortfläche stehen einem Konverter keine denkmalschutzrechtlichen Anforderungen entgegen:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche liegen weder Bau- noch Bodendenkmäler noch Grabungsschutzgebiete. Die Eremitage Waghäusel als am nächsten gelegenes landschaftsbezogenes Baudenkmal liegt in einer Entfernung von ca. 5 km nordöstlich der Standortfläche.</p> <p>Auf Grund der Entfernung und der zwischen dem Baudenkmal und der Standortfläche liegenden Gewerbebebauung sowie Wald- und Gehölzstrukturen sind beeinträchtigende Sichtbeziehungen im Erscheinungsbild des Denkmals nicht zu besorgen.</p>
Raumordnung	
Erfordernisse der RO (insbes. Ziele der RO)	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Aufgrund der Innenbereichslage (§ 34 BauGB) sind Erfordernisse der Raumordnung für die Genehmigungserteilung hier nicht relevant. Selbst bei einer unterstellten Außenbereichslage stehen der Realisierung eines Konverters auf der Standortfläche keine Erfordernisse der Raumordnung entgegen (s. insbes. § 35 Abs. 3 S. 2, 3 BauGB):</p> <p>Die Standortfläche ist im Regionalplan Mittlerer Oberrhein (RPMOR) als Kraftwerk (Bestand) und Umspannwerk (nachrichtliche Darstellung) dargestellt. Damit sind, entsprechend der Abstraktionsebene der Raumordnung energiewirtschaftliche Anlagen mit größerem Flächenbedarf, so wie er auch mit einem Konverter gegeben ist, erfasst, zumal der Konverter sowohl einen Umrichter (Umwandlung Gleichstrom in Wechselstrom), als auch eine Umspannanlage darstellt. Der Konverter wird innerhalb des bestehenden Kraftwerkgeländes bzw. des Geländes der Umspannanlage und als solches im Regionalplan dargestellten Bereich errichtet, es wird keine weitere Fläche benötigt. Weiterhin ist die gesamte Standortfläche als überschwemmungsgefährdeter Bereich bei Katastrophenhochwasser dargestellt. Entsprechend dem Grundsatz RPMOR 3.3.5.3 G (1) sollen in diesem Vorbehaltsgebiet vorhandene und zukünftige Nutzungen an das Risiko von Katastrophenhochwässern angepasst werden, z.B. durch Einzelbestimmungen zur Schadensminimierung. Nicht anpassbare Nutzungen sollen ausgeschlossen werden. Diese Festlegungen des RPMOR stehen einem Konverter nicht entgegen. Soweit nicht bereits erfolgt, kann eine Auffüllung der Standortfläche aus Gründen des Hochwasserschutzes oder eine andere Maßnahme zur Scha-</p>

	<p>densminimierung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgen. Ein Scheitern des Verfahrens an diesem Punkt ist nicht ersichtlich, zumal auf dem Kernkraftwerksstandort laufend Veränderungen durchgeführt und genehmigt wurden.</p> <p>Weitere textlich gefasste Grundsätze des Regionalplans enthalten Formulierungen zur Wiederherstellung und Regeneration u.a. von Überflutungszonen und Grünlandbereichen der Rheinniederung (3.3.1.1 G (4)), Erhaltung und Erweiterung von vorhandenen Wiesen der Rheinniederung (RPMOR 3.3.3.1 G (12)), an Gewässern im Außenbereich Vermeidung von baulichen Nutzungen und Aufschüttungen und mögliche Rückgängigmachung solcher Nutzungen in Überschwemmungsbereichen zur Retention von Hochwässern (RPMOR 3.3.5.1 G (10)), Anpassung der Nutzungen an das Überflutungsrisiko in gefährdeten Bereichen für Katastrophenhochwässer (RPMOR 3.3.5.1 G (13)). Im Rahmen des integrierten Rheinprogrammes sollen ökologisch nicht mehr funktionsfähige Räume wieder naturnah entwickelt und dabei der Renaturierung sowohl durch Extensivierung als auch durch Nutzungsänderung Vorrang eingeräumt werden (RPMOR 3.3.5.1 G (18)). Diese Grundsätze beziehen sich auf die Wiederherstellung der natürlichen Rheinauenlandschaft und zielen auf den Erhalt und die Regeneration bestehender natürlicher Nutzungsstrukturen ab. Der Standort ist stark durch die Nutzung als Kraftwerksstandort geprägt und zum Schutz vor Hochwässern aufgeschüttet. Eine Wiederherstellung eines naturnahen Zustands scheint hier auch mittelfristig nicht realistisch. Der Standort liegt nicht im natürlichen Bereich regelmäßiger Überschwemmung, sondern ist durch technische Vorkehrungen vor 100-jährigen Hochwasserereignissen geschützt und liegt im Risikobereich für Katastrophenhochwässer. Hinzukommt, dass der Standortbereich sich nicht im Außenbereich, wie im Folgenden unter „Bauplanungsrecht Bauordnungsrecht“ ausgeführt, befindet sondern eine Innenbereichslage aufweist. Somit stehen diese textlichen Grundsätze der Errichtung eines Konverters auf dem Kraftwerksgelände nicht entgegen.</p>
Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht, Atomrecht	
Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Der Errichtung eines Konverters stehen auf der Standortfläche keine bauplanungsrechtlichen Hindernisse entgegen:</p> <p>Die Standortfläche ist einem durch energiewirtschaftliche Großanlagen, also einem durch Industrieanlagen geprägten Bereich zuzuordnen (faktisches Industriegebiet i.S.v. § 34 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 9 BauNVO). In diesen fügt sich der Konverter i.S.v. § 34 Abs. 1 und 2 BauGB ein.</p> <p>Der Umstand, dass vorhandene bauliche Anlagen des Kernkraftwerks abgerissen werden sollen, ändert daran nichts. Die Nutzungsaufgabe oder Beseitigung von baulichen Anlagen eines vorhandenen Innenbereichs zur Aufnahme einer neuen Nutzung bewirkt nicht, dass das Grundstück seine Innenbereichsqualität einbüßt und zu einer Außenbereichsfläche wird. Die Qualität als Innenbereichsgrundstück bleibt vielmehr so lange bestehen, wie nach der Verkehrsauffassung mit einer Wiederbebauung zu rechnen ist. Entsprechendes gilt für die</p>

	<p>Prägung der Eigenart der näheren Umgebung (vgl. etwa BVerwG, Urteil vom 27.08.1998 – 4 C 5/98, NVwZ 1999, 523/525). Insbesondere in Fällen, in denen bereits in zeitlichem Zusammenhang mit der Nutzungsaufgabe und/oder der Beseitigung vorhandener baulicher Anlagen eine Nachfolgenutzung geprüft wird, besteht daher eine bisherige Innenbereichslage ebenso fort wie die Prägung der näheren Umgebung durch die bisherige Nutzung. Dies gilt auch dann, wenn über die Zulassung einer Folgenutzung erst dann entschieden und die notwendige behördliche Zulassung erteilt wird, wenn zu diesem Zeitpunkt die bislang für die Eigenart der näheren Umgebung maßgeblichen baulichen Anlagen stillgelegt und beseitigt worden sind.</p> <p>Das Kraftwerksgelände und somit die Standortfläche für den Konverter ist im FNP der Stadt Philippsburg als Sondergebiet zur Erforschung, Entwicklung und Erzeugung von Energie dargestellt. Auch wenn es darauf nicht ankommt, weil Darstellungen im Flächennutzungsplan (ebenso wie Ziele und sonstige Erfordernisse der Raumordnung) nicht zum bauplanungsrechtlichen Prüfprogramm des § 34 BauGB gehören und daher für die bodenrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens keine Bedeutung haben, entspricht das Vorhaben dieser Flächennutzungsplandarstellung, die von ihrer Funktion her auch den Transport sowie die Umwandlung und Umrichtung elektrischer Energie einschließt.</p> <p>Bauordnungsrechtliche Genehmigungshindernisse sind ebenfalls nicht erkennbar.</p>
Atomrecht	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Für die Realisierung des Konverters ergeben sich aus dem Atomrecht keine Realisierungshindernisse. Es ist lediglich die Rückwirkungsfreiheit auf atomrechtlich genehmigte Anlagen nachzuweisen.</p>
Prüfung von Realisierungshindernissen	
Netzanbindung	<p>Realisierungshindernisse sind nicht erkennbar: Die Standortfläche grenzt direkt an den Netzverknüpfungspunkt (NVP) Philippsburg. Der Konverter kann daher direkt an den auf dem KKP-Gelände befindlichen NVP angeschlossen werden.</p>
Baugrundrisiken	<p>Realisierungshindernisse sind nicht erkennbar: Um Standortflächen im Kraftwerksgelände zu verwirklichen, müssen Gebäude und technische Anlagenteile zunächst zurückgebaut und teilweise neu errichtet werden. Zudem ist in Teilen eine Auffüllung aus Gründen des Hochwasserschutzes erforderlich.</p>
Flächenverfügbarkeit	<p>Realisierungshindernisse sind nicht erkennbar: Es ist nicht erkennbar, dass eine fehlende Verfügbarkeit erforderlicher Grundstücksflächen die Realisierung des Konverters innerhalb der Standortfläche in Frage stellt.</p> <p>Die Standortfläche steht im Eigentum der EnBW. Die langfristige Nutzungsüberlassung des Grundstücks im KKP-Gelände ist vertraglich geregelt. Zeitliche und räumliche Planungen bzgl. Kraftwerksrückbau und Konverterbau wurden abgestimmt. Um die Fläche verfügbar zu machen, wird zunächst das nördli-</p>

	<p>che Zwischenlager geräumt. Danach ist der Abriss der Kühltürme erforderlich. Schrittweise wird eine hochwassersichere Geländeauffüllung durchgeführt (TRANSNETBW 2016).</p> <p>Für die Anlage des Konverters ergeben sich aus dem Atomrecht keine Realisierungshindernisse. Es muss lediglich die Rückwirkungsfreiheit auf atomrechtlich genehmigte Anlagen nachgewiesen werden.</p>
--	---

Es sind keine weiteren Realisierungs- und Genehmigungshindernisse erkennbar.

E.2 KONVERTER – STANDORTFLÄCHE : PHILIPPSBURG / ALTRHEIN

Anhang E.2: Konverter – Standortfläche : Philippsburg / Altrhein	
Prüfung der Realisierbarkeit	
Bewertung	
	Ein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis liegt vor, das der Realisierung des Konverters entgegensteht.
	Ein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis liegt vor, ist jedoch auf Teilflächen des Standortbereichs beschränkt und/oder überwindbar.
	Es liegt kein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis vor.
Gesamtbeurteilung <p>Auf der Standortfläche Philippsburg / Altrhein stehen der Realisierung eines Konverters bei prognostischer Betrachtung keine unüberwindbaren Genehmigungshindernisse oder sonstigen Realisierungshindernisse entgegen.</p> <p>Etwaige Genehmigungshindernisse aufgrund artenschutzrechtlicher Anforderungen sowie im Hinblick auf wasserrechtliche Erfordernisse, Erfordernisse der Raumordnung und das Bauplanungs-/Bauordnungsrecht sind überwindbar und stehen somit der Realisierung des Konverters nicht entgegen.</p> <p>Ein Realisierungshindernis aufgrund von Baugrundrisiken ist überwindbar (durch Bodenauffüllung) und steht somit der Realisierung des Konverters nicht entgegen.</p>	
Kriterium	Beschreibung
Prüfung von Genehmigungsanforderungen	
Immissionsschutzrecht	
Elektrische und magnetische Felder	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb des Konverters wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen auch unter Berücksichtigung von Immissionen durch das Leitungsvorhaben selbst erfüllt werden. Insbesondere werden die Grenzwerte der 26. BImSchV in Bezug auf elektrische und magnetische Felder eingehalten und außerhalb des Anlagenzauns der Konverterstation unterschritten. Der Standort befindet sich auf der Rheinschanzinsel in Philippsburg. Die nächstgelegene Wohnbebauung ist die Stadt Philippsburg im Südosten der Standortfläche in ca. 800 m Entfernung.
Anlagengeräusche	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen auch unter Berücksichtigung von Immissionen durch das Leitungsvorhaben selbst erfüllt und die Richtwerte der TA Lärm deutlich unterschritten werden. Alle Betriebsmittel bzw. Anlagenteile, die während des Betriebes Geräusche erzeugen, sind in schalldämmten Gebäuden untergebracht. Lediglich die Kühlanlagen können nicht in diesen Gebäuden untergebracht werden und müssen im Freien stehen. Die Kühlanlagen werden daher zur weiteren Abschirmung von Geräuschen zwischen den Konvert erhalten platziert und zusätzlich mit speziellen, sehr leisen und langsam laufenden Lüftern ausgestattet. Die nächste Wohnbebauung ist die Stadt Philippsburg in ca. 800 m Entfernung. In dieser Entfernung sind die Richtwerte der TA Lärm sicher eingehalten (TRANSNETBW 2015B)

Baulärm	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Bauplanung und Bauausführung wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen der AVV Baulärm erfüllt werden. Unter anderem durch bauorganisatorische Maßnahmen (z.B. Bauzeitenregelungen) können Überschreitungen der Immissionsrichtwerte weitestgehend vermieden werden. Soweit Überschreitungen der Immissionsrichtwerte unvermeidbar sind, stehen sie einer Genehmigungsfähigkeit des Konverters nicht entgegen.
Sonstige Immissionen	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Von einer Konverterstation sind keine relevanten Immissionen durch Luftverunreinigungen, Gerüche, Erschütterungen, Licht, Wärme oder ähnliche Erscheinungen zu erwarten. Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb des Konverters wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen erfüllt werden.
Einhaltung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften	
Naturschutzrecht	
Natura 2000-Verträglichkeit	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Eine Unverträglichkeit der Konverterstation mit den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten ist nicht zu besorgen:</p> <p>Die Standortfläche liegt außerhalb von Natura 2000-Gebieten. Das nächste FFH-Gebiet – die Rheinniederung zwischen Philippsburg und Mannheim (DE-6716-341) – liegt ca. 50 m südlich der Standortfläche. Eine direkte Flächeninanspruchnahme und damit direkte Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes können ausgeschlossen werden.</p> <p>Im Rahmen der Standortsuche wurde bereits 2014 eine Natura 2000-Vorprüfung für die Standortfläche Altrhein durchgeführt und im November 2015 aktualisiert. Der Standarddatenbogen für das FFH-Gebiet Rheinniederung zwischen Philippsburg und Mannheim (DE-6716-341) wurde zuletzt im Mai 2017 aktualisiert. Demnach beinhaltet die Vorprüfung diese Aktualisierung des Standarddatenbogens noch nicht. Nach Durchsicht des Standarddatenbogens vom Mai 2017 kann jedoch davon ausgegangen werden, dass für die im FFH-Gebiet geschützten Arten ggf. entsprechende geeignete Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ergriffen werden können. Nach derzeitigem Planungsstand sind keine bau- oder betriebsbedingten erheblichen Beeinträchtigungen des oben genannten FFH-Gebietes durch indirekte Wirkungen durch Schallimmissionen oder optische Wirkungen erkennbar.</p> <p>Von einer Konverterstation sind darüber hinaus keine relevanten Immissionen durch Luftverunreinigungen, Gerüche, Erschütterungen, Licht, Wärme oder ähnliche Erscheinungen zu erwarten.</p>
Artenschutzrechtliche Anforderungen	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar: Auf Grundlage einer ersten artenschutzrechtlichen Einschätzung können relevante Beeinträchtigungen und somit Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG ggf. durch Vermeidungsmaßnahmen und/oder CEF-Maßnahmen ausgeschlossen werden.</p> <p>Aufgrund der auf der Fläche vorhandenen Biotoptypen und dem darin zu erwartenden Artenspektrum kann davon ausgegangen werden, dass geeignete Vermeidungsmaßnahmen, sowie ggf. CEF-Maßnahmen durchgeführt werden können.</p>

Geschützte Teile von Natur und Landschaft	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Beeinträchtigungen von geschützten Teilen von Natur und Landschaft sind nicht zu erwarten:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche liegen keine geschützten Teile von Natur und Landschaft. Da keine Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale, geschützten Landschaftsbestandteile und geschützten Biotope durch eine direkte Flächeninanspruchnahme berührt werden, können Beeinträchtigungen, die zu möglichen Konflikten mit naturschutzrechtlichen Verboten führen könnten, ausgeschlossen werden. Nach derzeitigem Planungsstand und aufgrund der Entfernung zu maßgeblichen Schutzgebieten können indirekte Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden (LSG und NSG in ca. 1,2 km Entfernung).</p>
Eingriffe in Natur und Landschaft	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Durch die Standortwahl und die landschaftspflegerische Begleitplanung können unzulässige Eingriffe in Natur und Landschaft vermieden werden:</p> <p>Die Errichtung des Konverters stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Durch die landschaftspflegerische Begleitplanung werden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft auf das unvermeidbare Maß beschränkt. Unvermeidbare Beeinträchtigungen werden durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen oder ersetzt.</p>
Forstrecht	
Forstrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Innerhalb der Standortfläche stehen einer Konverterstation keine forstrechtlichen Anforderungen entgegen:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche befinden sich keine Waldflächen i. S. d. § 2 BWaldG, insbesondere kein Schutzwald (Bodenschutzwald, Biotopschutzwald, Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen), keine Waldschutzgebiete (Bannwald, Schonwald) sowie kein Erholungswald. Eine Umwandlung von Wald ist nicht erforderlich.</p>
Wasserrecht	
Wasserrechtliche Anforderungen	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar: Die Standortfläche erfasst weder Oberflächengewässer noch Wasserschutzgebiete (WSG), Heilquellenschutzgebiete (HQSG) oder Überschwemmungsgebiete (ÜSG) (TRANSNETBW 2014 ANHANG I2E). Somit können keine diesbzgl. Schutzanforderungen dem Konverterstandort entgegenstehen. Auch hinsichtlich des Grundwasserschutzes stehen keine Schutzanforderungen dem Konverterstandort entgegen. Für den Betrieb des Konverters findet keine Gewässerbenutzung statt. Für die Bauphase können etwaige Genehmigungshindernisse, z.B. das Einleiten von Baugrubenwasser in einen Vorfluter, durch eine wasserrechtliche Erlaubnis überwunden werden.</p> <p>Der Konverter erfordert die Aufstellung von Transformatoren und den Betrieb von Kühlanlagen und damit den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (der WGK1: Transformatorenöl sowie Glykol, WGK2: Dieseldieselkraftstoff). Diese Stoffe werden jedoch entsprechend der Vorgaben der §§ 62 und 63 des WHG</p>

	<p>bzw. der Anforderungen der VAWS nur in geschlossenen Systemen verwendet, bzw. durch entsprechende Anlagenplanung ein austreten dieser Stoffe in die Umwelt ausgeschlossen. Ölfüllte Transformatoren und Kühlanlagen mit Wasser-Frostschutzmittelgemisch werden grundsätzlich auf wasser- bzw. öldichten Auffangwannen betrieben. Somit wird verhindert, dass bei Undichtigkeiten Öl bzw. Wasser-Frostschutzmittelgemisch in das Erdreich eindringen kann. Darüber hinaus sind die Transformatoren und die Kühlanlagen mit Leckage-Überwachungen ausgestattet. Für andere Stoffe, z.B. Dieselmotoren kommen doppelwandige Behälter zum Einsatz. Durch die Anlagenplanung kann somit sichergestellt werden, dass Verunreinigungen des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind.</p> <p>Im Zuge der Anlagenplanung sowie der Bauausführung kann zudem durch besondere Maßnahmen und Vorsorgevorkehrungen sichergestellt werden, dass Verunreinigungen des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind. Hierzu gehören beispielsweise die Minimierung von Eingriffen in die gewachsenen Grundwasserdeckschichten sowie der Einsatz von nicht wassergefährdenden Bau- und Hilfsstoffen sowie Verfüllmaterialien. Etwa 40% der Gesamtfläche für den Konverter werden neu versiegelt.</p>
Bodenschutzrecht	
Bodenschutzrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Mit der Errichtung eines Konverters ist die Überbauung und Versiegelung von Böden sowie eine Verdichtung durch baubedingte Flächeninanspruchnahme von Böden verbunden, die zum Verlust bzw. zur Beeinträchtigung der Bodenfunktionen führt.</p> <p>Etwa 40% der Gesamtfläche für den Konverter werden neu versiegelt.</p> <p>Dem in § 4 BBodSchG geregelten Grundsatz des sparsamen und schonenden Umgangs mit Boden kann durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, als Bestandteil des landschaftspflegerischen Begleitplans, Rechnung getragen werden.</p> <p>Darüber hinausgehende Beeinträchtigungen werden nach § 15 Abs. 6 BNatSchG ausgeglichen.</p>
Denkmalschutzrecht	
Denkmalschutzrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Auf der Standortfläche stehen einem Konverter keine denkmalschutzrechtlichen Anforderungen entgegen:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche liegen weder Bau- noch Bodendenkmäler noch Grabungsschutzgebiete. Die Eremitage Waghäusel als am nächsten gelegenes landschaftsbezogenes Baudenkmal liegt in einer Entfernung von ca. 4,5 km nordöstlich der Standortfläche. Auf Grund der Entfernung und der zwischen dem Baudenkmal und der Standortfläche liegenden Gewerbebebauung sowie Wald- und Gehölzstrukturen sind beeinträchtigende Sichtbeziehungen im Erscheinungsbild des Denkmals nicht zu besorgen.</p>

Raumordnung	
Erfordernisse der RO (insbes. Ziele der RO)	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar. Der Realisierung eines Konverters stehen auf der Standortfläche, insbesondere über § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Erfordernisse der Raumordnung nicht zwingend entgegen. Dies gilt namentlich dann, wenn sich an den beiden Alternativstandorten (entgegen der derzeitigen Prognose) unüberwindbare Realisierungshindernisse ergeben sollten:</p> <p>Die Standortfläche ist im Regionalplan Mittlerer Oberrhein (RPMOR, Stand: Juli 2006) als Regionaler Grünzug, als Schutzbedürftiger Bereich für die Landwirtschaft (Stufe 1) sowie als überschwemmungsgefährdeter Bereich für Katastrophenhochwasser ausgewiesen.</p> <p>Entsprechend der Zielformulierung (RPMOR 3.2.2 Z (1)) nehmen „Regionale Grünzüge Ausgleichsfunktionen für die besiedelten Flächen wahr. Sie sind als großflächige, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten.“ Nach dem Grundsatz 3.2.2 G (2) ist die Inanspruchnahme eines Regionalen Grünzugs „für Verkehrsanlagen und Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, in begründeten Fällen möglich, wenn ihre Realisierung der Zielsetzung des Regionalen Grünzugs nicht entgegensteht. Bei der Durchführung unvermeidbarer Maßnahmen ist dem Schutz ökologisch sensibler Bereiche eine besondere Bedeutung beizumessen (RPMOR S. 84). Gemäß der Begründung ist die bauliche Nutzung der Regionalen Grünzüge ausgeschlossen. Vorhaben, die aufgrund ihrer besonderen Standortanforderungen nicht innerhalb bestehender Siedlungen errichtet werden können oder sollen, sind als Ausnahmen dann zuzulassen, wenn die Erforderlichkeit einer derartigen Maßnahme nachgewiesen ist und ihre Realisierung der Zielsetzung des Regionalen Grünzugs nicht entgegensteht. Dabei ist der Sicherung der Regionalen Grünzüge hohe Bedeutung zuzumessen (RPMOR S. 85).</p> <p>Entsprechend der Zielformulierung (RPMOR 3.3.2.2 Z (1)) sind die schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe I für die landwirtschaftliche Nutzung zu sichern. Nach dem Grundsatz 3.3.2.2 G (2) ist die Inanspruchnahme der schutzbedürftigen Bereiche für die Landwirtschaft der Stufe I für Verkehrsanlagen oder Leitungen sowie für Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden können, in begründeten Fällen möglich, wenn keine Alternativen mit geringerer Belastung der Landwirtschaft zur Verfügung stehen (RPMOR S.106). Laut der Begründung (RPMOR S. 109) sollen Vorhaben, die aufgrund besonderer Standortanforderungen nur außerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden, als Ausnahmen nur dann zugelassen werden, wenn ihre Erforderlichkeit nachgewiesen ist und landwirtschaftlich weniger belastende Alternativen nicht zur Verfügung stehen. Der Sicherung der schutzbedürftigen Bereiche der Stufe I ist bei der Entscheidung eine hohe Bedeutung beizumessen.</p> <p>Bei dem Konverter handelt es sich um ein Vorhaben, das gemäß seiner besonderen Standortanforderungen in der Regel nur au-</p>

	<p>ßerhalb des Siedlungsbestandes errichtet werden kann.</p> <p>Die Erforderlichkeit der Realisierung auf der Standortfläche Altrhein ergibt sich bei Nichtrealisierbarkeit der beiden ermittelten Alternativstandorte insbesondere aus dem Trassenverlauf der Ultranet-Leitung, der erforderlichen Nähe der Standortfläche zum NVP Philippsburg sowie der im Rahmen der Standortfindung ermittelten besonderen Standorteignung der Standortfläche. Die geplante Standortfläche liegt im Randbereich des Regionalen Grünzugs in unmittelbarer Nähe zum Gelände KKP. Einer Inanspruchnahme des Randbereichs des Regionalen Grünzugs auf einer Fläche von ca. 10 ha steht die Zielsetzung des Regionalen Grünzugs nicht entgegen: Durch sie wird weder der Zusammenhang des Regionalen Grünzugs noch seine großflächige ökologische Funktion sowie seine Funktion für Freiraumnutzungen und Erholung grundsätzlich in Frage gestellt. Landwirtschaftlich weniger belastende Alternativen stehen mit Ausnahme der ebenfalls in der Standortauswahl stehenden Standortfläche Gelände KKP nicht zur Verfügung.</p> <p>Des Weiteren ist die Standortfläche Teil eines ausgewiesenen überschwemmungsgefährdeten Bereichs für Katastrophenhochwasser.</p> <p>Entsprechend dem Grundsatz RPMOR 3.3.5.4 G (1) sollen in diesem Vorbehaltsgebiet vorhandene und zukünftige Nutzungen an das Risiko von Katastrophenhochwässern angepasst werden, z.B. durch Einzelbestimmungen zur Schadensminimierung. Nicht anpassbare Nutzungen sollen ausgeschlossen werden. Diese Festlegungen des RPMOR stehen einem Konverter nicht entgegen. Soweit nicht bereits erfolgt, kann eine Auffüllung der Standortfläche aus Gründen des Hochwasserschutzes bzw. zur Schadensminimierung erfolgen.</p> <p>Weitere textlich gefasste Grundsätze des Regionalplans enthalten Formulierungen zur Wiederherstellung und Regeneration u.a. von Überflutungszone und Grünlandbereichen der Rheinniederung (3.3.1.1 G (4)), Erhaltung und Erweiterung von vorhandenen Wiesen der Rheinniederung (RPMOR 3.3.3.1 G (12)), an Gewässern im Außenbereich Vermeidung von baulichen Nutzungen und Aufschüttungen und mögliche Rückgängigmachung solcher Nutzungen in Überschwemmungsbereichen zur Retention von Hochwässern (RPMOR 3.3.5.1 G (10)), Anpassung der Nutzungen an das Überflutungsrisiko in gefährdeten Bereichen für Katastrophenhochwässer (RPMOR 3.3.5.1 G (13)). Im Rahmen des integrierten Rheinprogrammes sollen ökologisch nicht mehr funktionsfähige Räume wieder naturnah entwickelt und dabei der Renaturierung sowohl durch Extensivierung als auch durch Nutzungsänderung Vorrang eingeräumt werden (RPMOR 3.3.5.1 G (18)). Diese Grundsätze beziehen sich auf die Wiederherstellung der natürlichen Rheinauenlandschaft und zielen auf den Erhalt und die Regeneration bestehender natürlicher Nutzungsstrukturen ab. Der Standort ist stark durch die Nachbarschaft zum Kraftwerk geprägt und intensiv landwirtschaftlich genutzt. Eine Wiederherstellung eines naturnahen Zustands in diesem Bereich scheint auch mittelfristig schwierig. Der Standort liegt nicht im natürlichen Bereich regelmäßiger Überschwemmung, sondern ist durch technische Vorkehrungen vor 100-jährigen Hochwasserereignissen geschützt und liegt im Risikobereich für Katastrophenhochwässer.</p>
--	---

Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht, Atomrecht	
Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar. Der Errichtung eines Konverters stehen auf der Standortfläche keine bauplanungsrechtlichen Genehmigungshindernisse entgegen: Die Standortfläche liegt im Außenbereich (§ 35 BauGB) und ist im FNP der Stadt Philippsburg als landwirtschaftliche Fläche dargestellt.</p> <p>Für den Vorhabenbereich besteht kein Bebauungsplan. Die Stadt Philippsburg hat am 14.12.2015 jedoch einen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Rückhalteraum am Philippsburger Altrhein“ veröffentlicht, der auch derzeit noch im Beschlussstadium ist. Die Standortfläche befindet sich im geplanten Geltungsbereich dieses Bebauungsplans. Zumindest bei Einbeziehung in die Planfeststellung für das Leitungsvorhaben (§ 18 Abs. 2 NABEG) ergeben sich daraus jedoch insgesamt aufgrund des Fachplanungsprivilegs (§ 38 BauGB) keine unüberwindbaren Genehmigungshindernisse.</p> <p>Bauordnungsrechtliche Genehmigungshindernisse sind ebenfalls nicht erkennbar.</p>
Atomrecht	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Die Standortfläche liegt außerhalb des Geländes des KKP und unterliegt daher nicht den Vorschriften des Atomrechts.</p>
Prüfung von Realisierungshindernissen	
Netzanbindung	<p>Realisierungshindernisse sind nicht erkennbar: Die Standortfläche grenzt direkt an den Netzverknüpfungspunkt (NVP) Philippsburg. Der Konverter kann daher direkt an den auf dem KKP-Gelände befindlichen NVP angeschlossen werden.</p>
Baugrundrisiken	<p>Etwaige Realisierungshindernisse sind überwindbar: Die Standortfläche befindet sich heute im Niveau zwischen dem Hochwasserstand eines 100-jährlichen (HQ100) und eines 200-jährlichen (HQ200) Hochwassers. Eine Überschwemmung bei Katastrophenhochwasser kann nicht ausgeschlossen werden. Dem kann aber dadurch Rechnung getragen werden, dass das Gelände der Standortfläche auf das Niveau der elektrischen Anlagen im Kraftwerk aufgeschüttet wird (TRANSNETBW 2014 ANHANG I2E). Die erforderliche Auffüllung von 3-4 m ist realisierbar. Sie kann per Schiff bzw. Bahn erfolgen, so dass eine Minimierung von LKW-Verkehr möglich ist (TRANSNETBW 2015C).</p>
Flächenverfügbarkeit	<p>Realisierungshindernisse sind nicht erkennbar: Derzeit ist nicht erkennbar, dass eine fehlende Verfügbarkeit erforderlicher Grundstücksflächen die Realisierung des Konverters innerhalb des Standortbereichs in Frage stellt. Die Standortfläche ist im Eigentum des Landes Baden Württemberg. Ein Eigentumserwerb erscheint möglich.</p>

Es sind keine weiteren Realisierungs- und Genehmigungshindernisse erkennbar.

E.3 KONVERTER – STANDORTFLÄCHE :
 WAGHÄUSEL-WIESENTAL /
 LANDSTRASSENÄCKER

Anhang E.3: Konverter – Standortfläche : Waghäusel-Wiesental / Landstraßenäcker	
Prüfung der Realisierbarkeit	
Bewertung	
	Ein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis liegt vor, das der Realisierung des Konverters entgegensteht.
	Ein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis liegt vor, ist jedoch auf Teilflächen des Standortbereichs beschränkt und/oder überwindbar.
	Es liegt kein Genehmigungs- oder Realisierungshindernis vor.
Gesamtbeurteilung <p>Auf der Standortfläche Waghäusel-Wiesental/Landstraßenäcker stehen der Realisierung eines Konverters bei prognostischer Betrachtung keine unüberwindbaren Genehmigungshindernisse oder sonstigen Realisierungshindernisse entgegen.</p> <p>Etwaige Genehmigungshindernisse aufgrund artenschutzrechtlicher Anforderungen bzw. aufgrund von Beeinträchtigungen von geschützten Teilen von Natur und Landschaft sind überwindbar und stehen somit der Realisierung des Konverters nicht entgegen.</p> <p>Auf der Standortfläche bestehen wasserrechtliche Verbote zum Schutz des Wasserschutzgebietes Oberhausen-Rheinhausen, die nach prognostischer Betrachtung jedoch im Rahmen von Befreiungen überwindbar sind und damit der Realisierung des Konverters nicht zwingend entgegenstehen.</p> <p>Die Standortfläche liegt vollständig innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebietes Oberhausen-Rheinhausen. Der Realisierung des Konverters stehen Verbote der Schutzgebietsverordnung in Bezug auf die Errichtung von Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen und in Bezug auf Erdaufschlüsse entgegen, die jedoch durch Befreiungen überwindbar sind.</p> <p>Durch Berücksichtigung der Anforderungen an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Wasserschutzgebieten gemäß VAWs sowie durch besondere Schutzvorkehrungen bei Erdaufschlüssen kann sichergestellt werden, dass keine Verunreinigung oder sonstige nachteilige Veränderung des Grundwassers zu besorgen ist und damit die Voraussetzungen für erforderliche wasserrechtliche Befreiungen erfüllt werden.</p> <p>Etwaige Genehmigungshindernisse aufgrund von Erfordernissen der Raumordnung betreffen den Grundwasserschutz und stellen keine zusätzlichen Anforderungen zu den genannten wasserrechtlichen Anforderungen. Sie sind somit durch besondere Schutzvorkehrungen überwindbar.</p> <p>Ein Realisierungshindernis aufgrund von Baugrundrisiken ist überwindbar (durch Bodenaustausch) und steht somit der Realisierung des Konverters ebenfalls nicht entgegen.</p> <p>Die Flächenverfügbarkeit ist aufgrund der über 80 betroffenen Grundstückseigentümer erschwert; jedoch nicht unmöglich. Die Realisierung des Konverters ist daher innerhalb der Standortfläche nicht generell nicht in Frage gestellt.</p>	
Kriterium	Beschreibung
Prüfung von Genehmigungsanforderungen	
Immissionsschutzrecht	
Elektrische und magnetische Felder	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb des Konverters wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen auch unter Berücksichtigung von Immissionen durch das Leitungsvorhaben selbst erfüllt werden. Insbesondere wer-

	den die Grenzwerte der 26. BImSchV in Bezug auf elektrische und magnetische Felder eingehalten und außerhalb des Anlagenzauns der Konverterstation unterschritten. Die nächstgelegene Wohnbebauung sind Waghäusel in ca. 700 m östlich des Standortbereichs und Oberhausen-Rheinhausen in ca. 800 m Entfernung.
Anlagengeräusche	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen auch unter Berücksichtigung von Immissionen durch das Leitungsvorhaben selbst erfüllt und die Richtwerte der TA Lärm deutlich unterschritten werden. Alle Betriebsmittel bzw. Anlagenteile, die während des Betriebes Geräusche erzeugen, sind in schalldämmten Gebäuden untergebracht. Lediglich die Kühlanlagen können nicht in diesen Gebäuden untergebracht werden und müssen im Freien stehen. Die Kühlanlagen werden daher zur weiteren Abschirmung von Geräuschen zwischen den Konvert erhalten platziert und zusätzlich mit speziellen, sehr leisen und langsam laufenden Lüftern ausgestattet. Die nächstgelegene Wohnbebauung sind Waghäusel in ca. 700 m östlich des Standortbereichs und Oberhausen-Rheinhausen in ca. 800 m Entfernung. In dieser Entfernung sind die Richtwerte der TA Lärm sicher eingehalten (TRANSNETBW 2015B)
Baulärm	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Durch die Bauplanung und Bauausführung wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen der AVV Baulärm erfüllt werden. Unter anderem durch bauorganisatorische Maßnahmen (z.B. Bauzeitenregelungen) können Überschreitungen der Immissionsrichtwerte weitestgehend vermieden werden. Soweit Überschreitungen der Immissionsrichtwerte unvermeidbar sind, stehen sie einer Genehmigungsfähigkeit des Konverters nicht entgegen.
Sonstige Immissionen	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Von einer Konverterstation sind keine relevanten Immissionen durch Luftverunreinigungen, Gerüche, Erschütterungen, Licht, Wärme oder ähnliche Erscheinungen zu erwarten. Durch die Anlagenplanung und den Anlagenbetrieb des Konverters wird sichergestellt, dass die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen erfüllt werden.
Einhaltung anderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften	
Naturschutzrecht	
Natura 2000-Verträglichkeit	Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Eine Unverträglichkeit der Konverterstation mit den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten ist nicht zu besorgen: Die Standortfläche liegt außerhalb von Natura 2000-Gebieten. Die nächsten FFH-Gebiete – Lußhardt zwischen Reilingen und Karlsdorf (DE 6716-341) und Rheinniederung von Philippsburg bis Mannheim (DE-6716-341) – liegen in einer Entfernung von ca. 700 bzw. 900 m zur Standortfläche. Eine direkte Flächeninanspruchnahme und damit direkte Beeinträchtigungen der FFH-Gebiete können ausgeschlossen werden. Aufgrund der Entfernung können auch indirekte Einwirkungen auf beide Natura 2000-Gebiete, beispielsweise auf Grund von Störungen durch

	optische und akustische Reize (bau- und betriebsbedingt) ausgeschlossen werden.
Artenschutzrechtliche Anforderungen	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar: Auf Grundlage einer ersten artenschutzrechtlichen Einschätzung können relevante Beeinträchtigungen und somit Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG ggf. durch Vermeidungsmaßnahmen und/oder CEF-Maßnahmen ausgeschlossen werden.</p> <p>Aufgrund der auf der Fläche vorhandenen Biotoptypen und dem darin zu erwartenden Artenspektrum kann davon ausgegangen werden, dass geeignete Vermeidungsmaßnahmen, sowie ggf. CEF-Maßnahmen durchgeführt werden können.</p>
Geschützte Teile von Natur und Landschaft	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar. Beeinträchtigungen von geschützten Teilen von Natur und Landschaft sind weitgehend auszuschließen: Innerhalb der Standortfläche liegen mit Ausnahme geschützter Feldhecken keine geschützten Teile von Natur und Landschaft.</p> <p>Da keine Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale oder geschützten Landschaftsbestandteile durch eine direkte Flächeninanspruchnahme berührt werden, können Beeinträchtigungen, die zu möglichen Konflikten mit naturschutzrechtlichen Verboten führen könnten, ausgeschlossen werden. Nach derzeitigem Planungsstand und aufgrund der Entfernung zu maßgeblichen Schutzgebieten können indirekte Beeinträchtigungen auf diese geschützten Teile von Natur und Landschaft ausgeschlossen werden (LSG und NSG in ca. 1 km Entfernung).</p> <p>Soweit die Inanspruchnahme und der Verlust geschützter Feldhecken auf der Standortfläche unvermeidbar sind, ist hierfür im Rahmen der landschaftspflegerischen Begleitplanung ein Ausgleich vorzusehen. Mit dem Ausgleich der Beeinträchtigungen sind die Voraussetzungen für eine Ausnahme von den Verboten des § 30 BNatSchG gegeben, so dass diese der Realisierung eines Konverters nicht entgegenstehen.</p>
Eingriffe in Natur und Landschaft	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Durch die Standortwahl und die landschaftspflegerische Begleitplanung können unzulässige Eingriffe in Natur und Landschaft vermieden werden:</p> <p>Die Errichtung des Konverters stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Durch die landschaftspflegerische Begleitplanung werden Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft auf das unvermeidbare Maß beschränkt. Unvermeidbare Beeinträchtigungen werden durch Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen oder ersetzt.</p>
Forstrecht	
Forstrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Innerhalb der Standortfläche stehen einer Konverterstation keine forstrechtlichen Anforderungen entgegen:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche befinden sich keine Waldflächen i. S. d. § 2 BWaldG, insbesondere kein Schutzwald (Bodenschutzwald, Biotopschutzwald, Schutzwald gegen schädliche Umwelteinwirkungen), keine Waldschutzgebiete (Bannwald, Schonwald) sowie kein Erholungswald. Eine Umwandlung von Wald</p>

	ist nicht erforderlich.
Wasserrecht	
Wasserrechtliche Anforderungen	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar.</p> <p>Von der Standortfläche sind weder Oberflächengewässer noch Heilquellenschutzgebiete (HQSG) oder Überschwemmungsgebiete (ÜSG) betroffen. Somit können keine diesbzgl. Schutzanforderungen dem Konverterstandort entgegenstehen. Für den Betrieb des Konverters findet keine Gewässerbenutzung statt. Für die Bauphase können etwaige Genehmigungshindernisse, z.B. das Einleiten von Baugrubenwasser in einen Vorfluter, durch eine wasserrechtliche Erlaubnis überwunden werden.</p> <p>Die Standortfläche liegt vollständig in der Schutzzone III des Wasserschutzgebiets Oberhausen – Rheinhausen (WSG-Nr. 215040).</p> <p>Gemäß § 2 der Schutzgebiets-Verordnung (VO) vom 29.10.1984 stehen der Errichtung eines Konverters in der Schutzzone III zunächst folgende Verbote entgegen:</p> <p>(6.) Errichten und Betreiben von Anlagen zum Lagern wassergefährdender flüssiger Stoffe; ausgenommen sind jedoch Anlagen, sofern</p> <p>a) die Lagerbehälter doppelwandig sind oder als einwandige Behälter in einem flüssigkeitsdichten Auffangraum ohne Abläufe stehen,</p> <p>b) Undichtigkeiten der Behälterwände bei oberirdischen Behältern ohne Auffangraum und bei unterirdischen Behältern durch ein Leckanzeigergerät selbsttätig angezeigt werden,</p> <p>c) Auffangräume nach Buchstabe a) so bemessen sind, dass die dem gesamten Rauminhalt der Behälter entsprechende Lagermenge zurückgehalten werden kann,</p> <p>d) der Rauminhalt eines unterirdischen Lagerbehälters 40.000 l, eines oberirdischen Lagerbehälters 100.000 l nicht übersteigt.</p> <p>(7.) Errichten oder wesentliches Ändern von Betrieben, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe im Sinne von § 19 g Abs. 5 WHG verwenden, herstellen, lagern oder umschlagen.</p> <p>(22.) Anlegen oder wesentliches Erweitern von Erdaufschlüssen, insbesondere zum Gewinnen von Steinen und Erden.</p> <p>(23.) Anlegen oder wesentliches Erweitern von Erdaufschlüssen, insbesondere zum Gewinnen von Steinen und Erden, wenn dadurch das Grundwasser angeschnitten wird oder die Deckschichten wesentlich vermindert werden.</p> <p>Nach § 6 der Schutzgebiets-VO kann auf Antrag eine Befreiung von den Verboten der Verordnung erteilt werden, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit diese erfordern oder eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften wegen besonderer Schutzvorkehrungen nicht zu besorgen ist.</p> <p>Der Konverter erfordert die Aufstellung von Transformatoren</p>

	<p>und den Betrieb von Kühlanlagen und damit den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (der WGK1: Transformatorenöl sowie Glykol, WGK 2: Dieseldieselkraftstoff). Nach § 6 der Schutzgebiets-VO kann eine Befreiung von den Verboten nach Nr. (6.) und (7.) erteilt werden, wenn eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften wegen besonderer Schutzvorkehrungen nicht zu besorgen ist.</p> <p>Zur Konkretisierung der erforderlichen besonderen Schutzvorkehrungen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Wasserschutzgebieten kann die Anlagenverordnung wassergefährdende Stoffe (VAwS Baden-Württemberg) herangezogen werden. Nach § 10 Abs. 2 VAwS sind in der weiteren Zone von Wasserschutzgebieten oberirdische Anlagen zum Umgang mit Stoffen der WGK1 ohne Begrenzung zulässig, Stoffe der WGK2 sind bis zu 100 m³ zulässig. Die Anlagen müssen mit einem ausreichenden Auffangraum ausgerüstet sein, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind.</p> <p>Durch die Anlagenplanung kann sichergestellt werden, dass die Anforderungen der VAwS in Bezug auf Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen erfüllt werden und damit Verunreinigungen des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind.</p> <p>Im Zuge der Anlagenplanung sowie der Bauausführung kann durch besondere Maßnahmen und Vorsorgevorkehrungen sichergestellt werden, dass Verunreinigungen des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind. Hierzu gehören beispielsweise die Minimierung von Eingriffen in die gewachsenen Grundwasserdeckschichten sowie der Einsatz von nicht wassergefährdenden Bau- und Hilfsstoffen sowie Verfüllmaterialien. Unter Berücksichtigung dieser besonderen Schutzvorkehrungen werden die Voraussetzungen für eine Befreiung von den Verboten der Schutzgebiets-Verordnung erfüllt.</p>
Bodenschutzrecht	
Bodenschutzrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar: Mit der Errichtung eines Konverters ist die Überbauung und Versiegelung von Böden sowie eine Verdichtung durch baubedingte Flächeninanspruchnahme von Böden verbunden, die zum Verlust bzw. zur Beeinträchtigung der Bodenfunktionen führt.</p> <p>Etwa 40% der Gesamtfläche für den Konverter werden neu versiegelt. Dem in § 4 BBodSchG geregelten Grundsatz des sparsamen und schonenden Umgangs mit Boden kann durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, als Bestandteil des landschaftspflegerischen Begleitplans, Rechnung getragen werden.</p> <p>Darüber hinausgehende Beeinträchtigungen werden nach § 15 Abs. 6 BNatSchG ausgeglichen.</p>

Denkmalschutzrecht	
Denkmalschutzrechtliche Anforderungen	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Auf der Standortfläche stehen einem Konverter keine denkmalschutzrechtlichen Anforderungen entgegen:</p> <p>Innerhalb der Standortfläche liegen weder Bau- noch Bodendenkmäler noch Grabungsschutzgebiete. Die Eremitage Waghäusel als am nächsten gelegenes landschaftsbezogenes Baudenkmal liegt in einer Entfernung von ca. 1,3 bis 1,5 km nordöstlich der Standortfläche.</p> <p>Auf Grund der Entfernung und der zwischen dem Baudenkmal und der Standortfläche liegenden Gewerbebebauung sowie Wald- und Gehölzstrukturen sind beeinträchtigende Sichtbeziehungen im Erscheinungsbild des Denkmals nicht zu besorgen.</p>
Raumordnung	
Erfordernisse der RO (insbes. Ziele der RO)	<p>Etwaige Genehmigungshindernisse sind überwindbar. Der Realisierung eines Konverters stehen auf der Standortfläche insbesondere über § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Erfordernisse der Raumordnung nicht entgegen: Der Regionalplan Mittlerer Oberrhein (RPMOR, Stand: Juli 2006) enthält für die Standortfläche nur die Darstellung des bestehenden Wasserschutzgebiets Oberhausen-Rheinhausen. Entsprechend dem Grundsatz RPMOR 3.3.5.1 G (3) sollen in bestehenden ... Wasserschutzgebieten ... alle Nutzungen ausgeschlossen werden, die die Wasserversorgung der Bevölkerung beeinträchtigen können. Böden und Deckschichten sollen in ihrer Art und Mächtigkeit erhalten, entfernte Deckschichten durch geeignetes Material möglichst wiederhergestellt werden. Aufschüttungen und Auffüllungen sollen nur mit unbelasteten Materialien durchgeführt werden. Gegenüber den Vorschriften der Schutzgebiets-VO ergeben sich keine weitergehenden Anforderungen. Im Zuge der Anlagenplanung sowie der Bauausführung kann zudem durch besondere Maßnahmen und Vorsorgevorkehrungen sichergestellt werden, dass Verunreinigungen des Grundwassers oder sonstige nachteilige Veränderungen seiner Eigenschaften nicht zu besorgen sind. Hierzu gehören beispielsweise die Minimierung von Eingriffen in die gewachsenen Grundwasserdeckschichten sowie der Einsatz von nicht wassergefährdenden Bau- und Hilfsstoffen sowie Verfüllmaterialien. Somit wird sichergestellt, dass die Wasserversorgung der Bevölkerung nicht beeinträchtigt wird.</p>
Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht, Atomrecht	
Bauplanungsrecht, Bauordnungsrecht	<p>Genehmigungshindernisse sind nicht erkennbar. Der Errichtung eines Konverters stehen auf der Standortfläche keine bauplanungsrechtlichen Genehmigungshindernisse entgegen: Die Standortfläche liegt im Außenbereich und ist laut FNP der Stadt Waghäusel als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Die angrenzenden Darstellungen von Sonderbauflächen Solarpark (Bestand) und Flächen für Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Bestand) werden durch die Standortfläche nicht berührt. Sofern man nicht ohnehin davon ausgeht, dass es sich um ein privilegiertes Außenbereichsvorhaben handelt (§ 35 Abs. 1 Nr. 3</p>

	BauGB), können etwaige bauplanungsrechtlichen Zulassungshindernisse zumindest bei Einbeziehung in die Planfeststellung für das Leitungsvorhaben (§ 18 Abs. 2 NABEG) aufgrund des Fachplanungsprivilegs (§ 38 BauGB) überwunden werden. Bauordnungsrechtliche Genehmigungshindernisse sind ebenfalls nicht erkennbar.
Prüfung von Realisierungshindernissen	
Netzanbindung	Realisierungshindernisse sind nicht erkennbar: Die Standortfläche liegt unmittelbar an der Trasse einer bestehenden 380-kV-Leitung (Anlage 7570), die zum auf dem Gelände KKP liegenden Netzverknüpfungspunkt (NVP) Philippsburg führt. Der Konverter kann über diese Leitung direkt an den NVP angeschlossen werden.
Baugrundrisiken	Realisierungshindernisse sind überwindbar: Für die Realisierung der Standortfläche ist ein Bodenaustausch von ca. 1 m Mächtigkeit zur Verbesserung der Baugrundverhältnisse erforderlich. Dieser ist mit Hilfe des Einsatzes von LKW realisierbar. (TRANSNETBW 2015C).
Flächenverfügbarkeit	Realisierungshindernisse sind überwindbar: Für die Fläche sind über 80 Flurstücke zu erwerben (TRANSNETBW 2015C). Die damit verbundene erschwerte Verfügbarkeit der erforderlichen Grundstücksflächen könnte ein Realisierungshindernis darstellen, das jedoch überwindbar ist, so dass die Realisierung des Konverters innerhalb des Standortbereiches generell nicht in Frage gestellt ist.

Es sind keine weiteren Realisierungs- und Genehmigungshindernisse erkennbar.